

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Die Ausgabe des Blattes erfolgt Tags vorher nachm. 4 Uhr. Abonnement-Preis vierjährlich 1.50 M., monatlich 1 M., monatlich 50 Pf. Einzelne Nummern 10 Pf.

Alle kaiserl. Postanstalten, Postboten, sowie die Zeitungsträger nehmen keine Bestellungen auf die „Sächsische Elbzeitung“ an. Tägliche Roman-Beilage. Sonnabend:

„Illustriertes Unterhaltungsblatt“.

Inseraten-Annahmestellen: In Schandau: Expedition Raukenstraße 134; in Dresden und Leipzig: die Announce-Bureaus von Haase & Vogler, Invalidenbank und Rudolf Moos;

in Frankfurt a. M.: G. L. Danke & Co.

Telegraph.: Elbzeitung.

Anzeigen, bei der weiten Verbreitung d. Bl. von großer Wirkung, sind Montags Mittwochs und Freitags bis spätestens vormittags 9 Uhr anzugeben. Preis für die gespaltenen Zeitzeile oder deren Namn 15 Pf. (tabellarische und komplizierte Anzeigen nach Vereinbarung). Auswärtige Anzeigen 20 Pf. „Eingehandt“ und „Reklame“ 50 Pf. die Zeile.

Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Alle 14 Tage: „Landwirtsch. Beilage“.

Sächsische Elbzeitung.

Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht, das Königliche Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie für den Stadtgemeinderat zu Hohnstein.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Gürke, Schandau. — Druck und Verlag: Legler & Sennet Nachf.

Nr. 8.

Schandau, Donnerstag, den 18. Januar 1912.

56. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Auf Blatt 192 des Handelsregister für den Bezirk des Königl. Amtsgerichts Schandau, die Firma Louise Blaske auf dem Kuhstall (Gorstrevier Mitteldorf) betr., ist heute eingetragen worden:

Die Firma lautet fünftig: **Rudolf Blaske** auf dem Kuhstall (Staatsforstrevier Mitteldorf). Elisabeth Louise Blaske geb. Blas in Schandau ist ausgeschieden. Inhaber ist der Sohn Rudolf Richard Blaske auf dem Kuhstall im Staatsforstrevier Mitteldorf.

Schandau, am 15. Januar 1912.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung,

Nachstehend bringen wir die neu aufgestellte Gebührenordnung für Leichenfrauen im Leichenfrauenbezirk Schandau mit dem Bemerkten zur allgemeinen Kenntnis, daß diese Ges-

bührenordnung sofort in Kraft tritt.

Schandau, am 13. Januar 1912.

Der Stadtrat.

Dr. Voigt, Bürgermeister.

Gebührenordnung für Leichenfrauen im Leichenfrauenbezirk Schandau.

Es werden erhoben als Leichenfrauen-Gebühr bei der Beerdigung
in Klasse I in Klasse II in Klasse III
von erwachsenen Personen 9 M. 6 M. 4 M.
Kinder bis zu 2 Jahren 2 M. 2 M. 2 M.
von über 2 bis zu 14 Jahren 6 M. 4 M. 3 M.

Bei Armenbegräbnissen gelten die Sätze der Klasse III.

Bei der Beerdigung von Leichen, die von auswärts der Parochie zugeführt werden, ist nur die Hälfte der genannten Gebührentäfe zu erheben.

Die Ausstattung des Sarges, sowie das Zu- und Abtragen der Kränze kann von der Leichenfrau noch vorheriger Vereinbarung mit den Beteiligten übernommen werden. Doch ist ihr jede Bezeichnung der Dientleibenden wegen der Bestellung des Sarges unterstellt.

Aufer der festgelegten Gebühr hat die Leichenfrau nichts zu fordern, insbesondere nicht Gegenstände, die den Verstorbenen gehört haben. Die Annahme solcher Gegenstände ist ihr verboten.

Schandau, am 17. November 1911.

Der Stadtrat.

Die Stadtverordneten.

i.S. (gez.) Dr. Voigt, Bürgermeister.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Hebamme Frau Hulda Marie verchel. Kind in Ehrenberg als selbstverständliche Hebamme für Hohnstein mit Untbezirken, Gößdorf — ausschließlich des Ortsteiles Röhlmühle — und Waldorf von der Königlichen Amtshauptmannschaft Pirna in Pflicht genommen worden ist.

Hohnstein (Sächs. Schweiz), am 16. Januar 1912.

Der Bürgermeister.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Donnerstag, den 18. Januar 1912, abends 6 Uhr,
im Sitzungssaale des Rathauses.

Tagess-Ordnung:

1. Beratung des Entwurfs einer neuen Ortsbauordnung für Schandau;
2. Richtigstellung mehrerer städtischer Rechnungen.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.

Politische Tagesübersicht.

Der Besuch des Kaisers in der Schweiz umfaßt die Zeit vom 3. bis 6. September. Über eine Teilnahme des Kaisers an den schweizerischen Manövern ist noch nichts bekannt, doch sieht man sie allgemein voraus. — Einer Meldung aus Rom folge wird König Victor Emanuel mit Kaiser Wilhelm II. im April in Venedig zusammentreffen. Der Kaiser werde vom Reichskanzler und König Victor Emanuel vom Marquis di San Giuliano begleitet sein.

Das kaiserliche Hoflager ist am Montag aus dem Neuen Palais bei Potsdam nach dem Berliner Residenzschloß verlegt worden. Der Kaiser sprach am Montag mittag, wie aus Berlin berichtet wird, beim Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg im Reichskanzlerpalais vor und konferierte mit ihm längere Zeit. Dann nahm der Kaiser noch das Frühstück beim Reichskanzler ein.

Kronprinz Georg von Sachsen, der am Montag in sein 20. Lebensjahr trat, wird in den nächsten Wochen seine Maturitätsprüfung ablegen und dann seinen eigenen Hofhalt bekommen.

Der frühere deutsche Botschafter in Madrid v. Radowitsch ist gestern abend in Berlin gestorben.

Nach der Haupthschlacht bei den Reichstagswahlen vom 12. Januar rüsten sich nun die Parteien eifrigst zu den Stichwahlen, die diesmal in besonders großer Zahl notwendig geworden sind. Da sich die Stichwahlen zwischen dem 20. und 25. Januar vollziehen werden, so bleibt allerdings den Parteien sehr wenig Zeit, sich auf die Stichwahlen vorzubereiten, und es müssen darum die Vorbereitungen hierzu in aller Hast getroffen werden. Von den einzelnen Parteien sind die Sozialdemokraten weitauß am meisten an den engeren Wahlen beteiligt, denn sie stehen in etwa 120 Wahlkreisen zur Stichwahl mit Kandidaten der bürgerlichen Parteien. Für eine größere Anzahl dieser Wahlkreise sind denn auch schon Abkommen zwischen mehreren bürgerlichen Parteien bestellt eines Zusammengangs gegen die Sozialdemokratie bei den Stichwahlen getroffen worden, während in anderen der betreffenden Wahlkreise eine solche Einigung nicht erfolgt ist. Es muß also damit gerechnet werden, daß der Sozialdemokratie, die schon bei der Hauptwahlhochschlacht so günstig abgeschnitten hat, durch die Stichwahlen noch eine Reihe weiterer Reichstagsmandate zufallen, dank den Eiferstleteleien und Mifstimmungen der bürgerlichen Parteien. Es wird demnach die in der offiziösen „Nordd. Allg. Ztg.“ allerdings sehr zaghaft ausgegebene Stichwahlparole, in welcher die bürgerlichen Parteien zum Zusammenhalten gegenüber der Sozialdemokratie ermahnt werden, vermutlich vielfach ohne Wirkung bleiben, was ebenso leider von dem Wunsche zu gelten hat, welchen der Reichskanzler in seinem telegraphischen Glückwunsch an den bisherigen Reichstagspräsidenten Grafen Schwerin-Löwitz anlässlich dessen Wiederwahl zum Abgeordneten im Wahlkreis Anklam-Demmin ausgedrückt hat, daß die bürgerlichen Parteien bei den Stichwahlen „wieder

zur Besinnung kommen möchten. Vom Bunde der Landwirte ist eine Stichwahlparole verkündigt worden, die nur dann die Unterstützung eines Liberalen, der in Stichwahl mit einem Sozialdemokraten steht, durch die Anhänger des Bundes in Aussicht stellt, wenn von der zu unterstützenden Partei gleichwertige Gegenleistungen erfolgen. Der „Vorwärts“ veröffentlicht die Stichwahlparole der sozialdemokratischen Parteileitung, welche denjenigen bürgerlichen Kandidaten, die sich auf eine Anzahl bestimmter radikaler Forderungen festlegen, die sozialdemokratische Stichwahlhilfe zusichert. — Der amtliche „Staatsanzeiger“ in Stuttgart richtet an die bürgerlichen Parteien Württembergs die Aufforderung, sich bei den Reichstagsstichwahlen gegen die Sozialdemokratie zusammenzuschließen.

Außerdemlich anzuerkennen ist es, daß die sächsischen Nationalliberalen keinen Augenblick gezögert haben, im Sinne einer nationalen Sammlungspolitik ihre Stichwahlparole herauszugeben. Der Vorstand des national-liberalen Landesverein gibt heute das folgende bekannt: „Der Vorstand des Nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen ersucht alle Parteiorganisationen in den sächsischen Wahlkreisen, wo Stichwahlen vorzunehmen sind, für die nationalgesinnten, im Kampfe mit der Sozialdemokratie stehenden Kandidaten entschlossen einzutreten und alles aufzubieten, um ihnen zum Siege zu verhelfen.“ Darnach werden die Nationalliberalen in Plauen den Fortschrittl. Günther, in Freiberg den Konservativen Dr. Wagner, in Oschatz-Grimma den Konservativen Dr. Giese, in Borna den Reichspartei von Liebert und in Bautzen den Reformer Gräfe mit aller Kraft unterstützen.

Die letzte Session des gegenwärtigen preußischen Landtages ist am Montag mittag im Weißen Saale des Berliner Residenzschlosses vom Ministerpräsidenten von Bethmann-Hollweg durch Verlesen einer Thronrede im Auftrage des Königs eröffnet worden. Herr v. Kröcher hatte seine etwaige Wiederwahl zum Präsidenten abgelehnt, zu seinem Nachfolger wurde der konservative Abgeordnete von Erffa mit 347 von 356 abgegebenen Stimmen gewählt. Der seitherige erste Vizepräsident Dr. Porsch (Bentr.) und der zweite Vizepräsident Dr. Krause (nat. lib.) wurden durch Zuruf wiedergewählt. Nachdem noch die Schriftführer und die Quästuren berufen worden waren, vertagte sich das Abgeordnetenhaus wegen der Reichstagsstichwahlen bis zum 30. Januar. Das Herrenhaus hält am Montag nachmittag seine erste Sitzung ab, in welcher es anstelle des Freiherrn v. Mantuoffel, der eine Wiederwahl abgelehnt hatte, den ehemaligen Hausminister und Reichstagspräsidenten von Wedell-Plessdorf, zum Präsidenten, den Bürgermeister a. D. Dr. Becker zum 1. und den Freiherrn v. Landsberg zum 2. Vizepräsidenten wählte. Am Dienstag trat dann das Herrenhaus zur Erledigung weiterer geschäftlicher Angelegenheiten nochmals zusammen und vertagte sich schließlich auf unbestimmte Zeit.

Oesterreich-Ungarn.

Zimmer wieder tauchen Gerüchte über den angeblich

nächstens zu erwartenden Rücktritt des österreichisch-ungarischen Ministers des Auswärtigen Grafen Lehrenthal auf; diesmal, wie es scheint, im Zusammenhang mit einer Aussicht erregten Rede, die der klerikale Parteiführer Freiherr von Fuchs in Salzburg gehalten hat und in der er die auswärtige Politik des Grafen Lehrenthal scharf verurteilte. Die Wiener „Zeitung“ will bereits wissen, daß Graf Lehrenthal abermals sein Entlassungsgesuch eingerichtet habe, der Kaiser werde es diesmal wahrscheinlich genehmigen, doch sei das Schicksal des Grafen Lehrenthal aus seinem Amt erst zum Schlusse der Delegationsession zu erwarten. Das genannte Blatt bezeichnet weiter den ehemaligen Botschafter Österreich-Ungarns am Petersburger Hof, Grafen Bergtold, als mutmaßlichen Nachfolger des Grafen Lehrenthal, was indessen offenbar nur eine Kombination ist.

Frankreich.

Die französische Regierung hat beschlossen, drei der schönsten Schlachtschiffe Frankreichs, die „Justice“, „Vertus“ und „Démocratie“ unter dem Befehl des Konteradmirals Moreau nach Malta zu schicken, um dort die Ankunft des Königs Georg V. aus Indien abzuwarten und ihn zugleich mit dem englischen Geschwader bei seinem Eintritt in Europa zu begrüßen. Diese Kundgebung wird mit besonderer Feierlichkeit in Szene gezeigt und bedeutet ein neues Erkenntnis zum herzlichen Einvernehmen.

In Frankreich hat sich anstelle des Kabinetts Caillaux ein Kabinett Poincaré gebildet. In ihm hat der Ministerpräsident neben dem Vorsitzenden des Portefeuille des Auswärtigen, der frühere Kabinettschef Briand das Justizministerium, der sozialistisch angehauchte ehemalige Handelsminister Millerand das Kriegsministerium, der unverdächtige Herr Theophile Delcassé wiederum das Marineministerium, der Redikale Steeg das Innere und Kloß, auch ein ehemaliger Minister, die Finanzen übernommen; die Besetzung der übrigen Ministerposten ist nicht weiter erwähnenswert. Im allgemeinen gilt das neue Ministerium seinem politischen Charakter noch als nicht so radikal, als es die Ministerien Caillaux und Monis waren. Am Dienstag stellte sich das Kabinett Poincaré in beiden Häusern des Parlaments vor und verlas eine sehr massvoll gehaltene Programmkündigung.

Sächsischer Landtag.

Die Zweite Kammer trat am Dienstag nach längerer Pause wieder zusammen und Präsident Dr. Vogel drückte in seinen Begrüßungsworten den Wunsch aus, daß die Arbeiten nunmehr in den nächsten Wochen recht lebhaft im Dienste des Vaterlandes gefördert würden. Großes Interesse erregte die Bekanntgabe in der Registre, daß das neue Volksbildungsgesetz nunmehr den Kammer zugegangen ist und in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung gelangt. Die ersten Punkte der Tagesordnung betrafen Statthalter, bei denen feinerlei Debatten entstanden. Um so länger unterhielt sich die Kammer aber bei der Allgemeinen Vorberatung des Dekrets Nr. 21 betreffend den Personal- und Beförderungsgesetz des Landes-Brandversicherungsanstalt. Während die verschiedenen Redner eine Gehaltssteigerung der Beamten der Anstalt befürworteten, befürchteten die Staatsminister Graf Bismarck und v. Seydel von einer derartigen Maßnahme eine